

# **Rede zur Einbringung des Haushalts 2026 am 16. Dezember 2025 im Kreistag**

## **Es gilt das gesprochene Wort.**

Folie1:

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages,

der Haushalt 2026 ist kein Wunsch-dir-was. Er ist ein Sicherungsprogramm unter Druck. Er sichert den Bestand unserer Daseinsvorsorge – und er zeigt zugleich, wo die Grenzen des Belastbaren erreicht sind.

Wir stehen mit dieser Lage nicht allein. Neun von zehn Landkreisen in Baden-Württemberg können ihre laufenden Ausgaben nicht mehr vollständig aus laufenden Erträgen decken. Der Unterschied bei uns: Wir haben es gleichzeitig mit einer sinkenden Steuerkraft, stark steigenden Soziallasten und einem Klinikum zu tun, das wir als kommunalen Träger bewusst halten wollen.

Folie 2:

### **Die finanzielle Lage in wenigen Kennziffern**

Lassen Sie mich die Ausgangslage auf fünf Zahlen herunterbrechen:

Erstens: Die Steuerkraftsumme unserer kreisangehörigen Städte und Gemeinden sinkt 2026 um drei Prozent, während sie im Landesdurchschnitt um vier Prozent steigt. Wir laufen der Entwicklung im Land also um sieben Prozentpunkte hinterher.

Zweitens: Die Sozialausgaben, allen voran die Eingliederungshilfe, sind seit 2022 um rund 30 Millionen Euro gestiegen. 2026 liegen wir allein in der Eingliederungshilfe bei 73,6 Millionen Euro. Die Landeserstattung von 3,5 Millionen Euro ist gemessen daran lediglich eine Teilkompensation.

Drittens: Der Verlustausgleich für das Klinikum Mittelbaden steigt 2026 auf voraussichtlich 15 Millionen Euro. Hinzu kommen Investitionskostenzuschüsse für zwingende Brandschutzmaßnahmen von 6 Millionen Euro.

Viertens: Der Ergebnishaushalt schließt trotz aller Maßnahmen mit einem Fehlbetrag von 7,9 Millionen Euro. Wir müssen 20,8 Millionen Euro investieren – der Eigenanteil wird fremdfinanziert. Die Kreditermächtigung liegt bei 12,5 Millionen Euro.

Fünftens: Unsere Liquidität gerät massiv unter Druck. Wir werden unterjährig Kassenkredite benötigen und es wird zunehmend schwieriger, die gesetzlich geforderte Mindestliquidität von rund 6,9 Millionen Euro zu erreichen.

Diese Zahlen sind nicht dramatisiert. Sie sind der nüchterne Rahmen, in dem wir entscheiden müssen.

Folie 3:

### **Ziele klären – Haushalt ausrichten**

Sie haben unmittelbar vor dieser Einbringung die Haushaltsziele angepasst. Das war eine Anregung aus Ihrer Mitte – und es war ein notwendiger Schritt.

Wir verabschieden uns damit nicht von Ambitionen, sondern von einem Wunschcatalog, der mit der aktuellen Finanzlage nichts mehr zu tun hatte. Künftig geht es darum, Handlungs- und Zahlungsfähigkeit zu sichern, Schulden gezielt für Zukunftsaufgaben einzusetzen und die Substanz unserer Daseinsvorsorge zu erhalten – bei begrenzter Belastung unserer Städte und Gemeinden.

Der heute vorliegende Haushaltsentwurf ist die erste Bewährungsprobe dieser neuen, realistischeren Linie.

Folie 4:

### **Kreisumlage und kommunale Familie**

Um den Haushalt genehmigungsfähig zu halten, ist eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um drei Punkte auf 35,5 Prozent erforderlich. Ein Punkt Kreisumlage bringt uns rund 4,4 Millionen Euro. Die drei Punkte sind also kein symbolischer Wert, sondern ein Beitrag von rund 13 Millionen Euro.

Ursprünglich war eine Erhöhung um vier Punkte kalkuliert. Das Entlastungspaket des Landes sowie eine Verbesserung im Finanzausgleich – haben wir vollständig genutzt, um die geplante Erhöhung um einen Punkt zu reduzieren und diesen Spielraum direkt an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden weiterzugeben.

Das ist kein Geschenk, sondern ein bewusstes Signal: Wir wissen, dass unsere kommunale Familie finanziell unter derselben Anspannung steht, wie wir. Wir verlangen mehr, als uns lieb ist – und weniger, als rein rechnerisch möglich wäre.

Folie 5:

**Konsolidierung heißt: Wir drehen an allen Stellschrauben**

Der vorliegende Entwurf ist kein „Weiter so“. Er setzt die neuen Ziele durch harte Konsolidierungsentscheidungen um:

Die Verwaltung reduziert das Stellenvolumen im Jahr 2026 um netto 19 Stellen. Das geschieht nicht, weil weniger zu tun wäre, sondern trotz steigender Aufgaben.

Der Bauunterhalt wird gegenüber den Vorjahren um rund 1,8 Millionen Euro gekürzt. Wir verschieben damit wünschbare Maßnahmen, um die zwingend Notwendigen finanzieren zu können.

Quer durch die Teilhaushalte ist erneut ein globaler Minderaufwand von 3,8 Millionen Euro eingeplant – ein pauschaler Sparauftrag, der im Vollzug über alle disponiblen Aufwendungen umzusetzen ist.

Investitionen werden strikt priorisiert: 20,8 Millionen Euro konzentrieren sich auf das, was Substanz und Zukunft sichert – Schulen, Klinikum, Straßen und Gebäude.

Diese Konsolidierung trifft auch die Verwaltung selbst. Sie ist der Preis dafür, dass wir die Handlungsfähigkeit erhalten und nicht in einen strukturellen Blindflug geraten.

Folie 6:

**Daseinsvorsorge unter Druck – Klinikum, Soziales, Schulen, Infrastruktur**

Trotz dieser Einschnitte halten wir an den zentralen Pfeilern unserer Daseinsvorsorge fest.

Beim Klinikum Mittelbaden steigt der Kreisanteil am Verlustausgleich auf 15 Millionen Euro. Zusätzlich stellen wir 6 Millionen Euro für Brandschutzmaßnahmen bereit. Die Patronatserklärungen der beiden Gesellschafter bis Ende 2027 sind ein klares Bekenntnis zur kommunalen Trägerschaft. Sie geben uns Zeit, den bestehenden Klinikverbund zu konsolidieren und den Neubau weiter vorzubereiten.

Wir werden beides tun: den laufenden Betrieb stabilisieren und die großen Entscheidungsschritte für den Neubau verantwortungsvoll vorbereiten. Die damit verbundene Bürgschaft für Darlehen von voraussichtlich rund 203 Millionen Euro behalten wir dabei ausdrücklich im Blick.

Im Sozialhaushalt sind die Eingliederungshilfe und die Kinder- und Jugendhilfe die größten Treiber. Seit 2022 hat sich das Ergebnis in der Eingliederungshilfe um rund 30 Millionen Euro verschlechtert. Die BTHG-bedingten Erstattungen des Landes sind willkommen, kompensieren aber die Dynamik nicht annähernd.

Wir erfüllen hier gesetzliche Pflichtaufgaben. Was wir beeinflussen können, sind Strukturen, Steuerung und Prävention. Was wir nicht beeinflussen können, sind bundes- und landesgesetzliche Leistungsversprechen ohne volle Gegenfinanzierung. Diesen Unterschied müssen wir klar benennen.

Bei den Kreisschulen halten wir an den Zukunftsprojekten fest:

- Für die Generalsanierung des Technischen Gymnasiums der Josef-Durler-Schule sind 7,7 Millionen Euro im Planjahr 2026 vorgesehen.
- Für den Neubau der Pestalozzi-Schule an der HLA Rastatt haben wir gemeinsam mit der Stadt Rastatt die Weichen gestellt und können nun in die Planung einsteigen.
- Insgesamt fließen 2026 rund 8,3 Millionen Euro in investive Maßnahmen an unseren Schulen.

Bei der Infrastruktur konzentrieren wir uns auf Erhalt und Sicherheit. Die Tiefbaumaßnahmen werden durch eine systematische Zustandserfassung und -bewertung gesteuert. Rund 4,3 Millionen Euro sind für Kreisstraßen eingeplant. Deckenprogramme werden künftig investiv abgewickelt und über die Nutzungsdauer abgeschrieben.

Das Sondervermögen des Bundes für Infrastrukturinvestitionen bringt uns in den nächsten zwölf Jahren jährlich rund 3,9 Millionen Euro. Das lindert Symptome, ersetzt aber keine strukturelle Lösung.

Folie 7:

### **Personal – Leistungsfähigkeit sichern, Risiken begrenzen**

Die Personalaufwendungen steigen tarifbedingt auf 83,5 Millionen Euro, ein Plus von 5,59 Prozent. Das ist im Wesentlichen eine Folge von Tarif- und Besoldungsanpassungen und der Versorgungslasten.

Gleichzeitig reduziert die Verwaltung den Stellenbestand netto um 19 Stellen. Damit senden wir ein klares Signal: Wir erwarten keine dauerhafte Ausweitung des Stellengerüsts. Wir setzen auf Prozessoptimierung, Digitalisierung und Priorisierung, um die Leistungsfähigkeit trotz knapper Ressourcen zu sichern.

Die Grenze ist klar: Wir wollen und müssen eine funktionsfähige Verwaltung behalten. Alles, was darüber hinausgeht, können wir uns in dieser Lage nicht leisten.

Folie 8:

### **Schulden, Liquidität und der Blick bis 2029**

Wenn wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen, wird unser Schuldenstand Ende 2029 rund 70 Millionen Euro erreichen. Die Finanzplanung zeigt, dass in den Jahren 2027 bis 2029 weitere Darlehensaufnahmen notwendig sein werden, um das Investitionsniveau und die Daseinsvorsorge zu halten.

Gleichzeitig unterschreiten wir voraussichtlich schon 2026 die gesetzliche Mindestliquidität. Das ist ein Alarmsignal, kein Routinefall. Wir haben es in den Haushaltsunterlagen transparent dargestellt. Wer den Haushalt beschließt, trifft diese Entscheidung bewusst und in Kenntnis der Risiken. Genau deshalb haben wir das Ziel formuliert, die Verschuldung für Zukunftsaufgaben aktiv zu steuern und die Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten – und nicht mehr pauschal „Schuldenabbau um jeden Preis“ zu versprechen.

Folie 9:

### **Verhältnis zu Bund und Land – klare Erwartungen ohne Lamento**

Die dargestellte Lage ist nicht allein vor Ort entstanden. Sie ist das Ergebnis eines Zusammenspiels: steigende bundes- und landesgesetzliche Leistungsansprüche, unvollständige Konnexität, verschobene Reformen in der Krankenhausfinanzierung und im Sozialstaat.

Wir werden weiter unseren Beitrag leisten – durch Konsolidierung, durch Priorisierung und durch solide Steuerung. Aber wir werden nicht schweigend hinnehmen, dass Versprechen zur Gegenfinanzierung auf Dauer nur teilweise eingelöst werden.

Unsere Erwartungen sind klar:

- Eine verlässliche, dynamische Konnexitätsregelung bei der Eingliederungshilfe und den BTHG-bedingten Mehraufwendungen.
- Eine Krankenhausreform, die die strukturellen Defizite der kommunalen Kliniken adressiert.
- Eine Finanzausstattung der kommunalen Ebene, die die Wirklichkeit der Sozial- und Infrastrukturaufgaben abbildet.

Wir werden diese Punkte mit Nachdruck vertreten – gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und im Schulterschluss mit den anderen Landkreisen – ohne sie zum Vorwand zu machen, vor Ort nichts zu tun.

Folie 10:

**Schluss: Verantwortung halten, Handlungsfähigkeit sichern**

Meine Damen und Herren,

dieser Haushalt ist ein Sicherungsprogramm, das drei Ziele verfolgt:

Erstens: den Bestand der zentralen Daseinsvorsorge zu sichern – Klinikum, Soziales, Schulen, Infrastruktur.

Zweitens: die Handlungs- und Zahlungsfähigkeit des Landkreises zu erhalten, trotz steigender Lasten und sinkender Steuerkraft.

Drittens: Bund und Land unmissverständlich zu signalisieren, dass die Grenze der kommunalen Belastbarkeit erreicht ist, ohne die Verantwortung vor Ort abzugeben.

Wer die Gestaltung vor Ort behalten will, muss heute unbequeme Entscheidungen treffen. Dieser Haushaltsentwurf legt offen, welche Schritte notwendig sind. Die Entscheidung liegt bei Ihnen. Die Verantwortung, diesen Weg konsequent zu gehen, übernehme ich gemeinsam mit Ihnen.

Ich bitte Sie um die Verweis des Haushalts 2026 in die Beratung des zuständigen Fachausschusses und um eine sachliche, verantwortungsbewusste Diskussion im Interesse des Landkreises und seiner Einwohnerinnen und Einwohner.